

Autor: Von Jürgen Umlauf
Seite: 5

Ressort: Politik
Ausgabe: DER NEUE TAG Weiden,
 Hauptausgabe

Bayern fordert Druck auf Pharmakonzerne

München. "Die Maßnahmen sind richtig, sie wirken und sie schützen Menschenleben." Mit diesen Worten verteidigte der neue Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag die Corona-Politik der Staatsregierung. Auch der aktuelle Lockdown sei wirksam.

Mit einer Sieben-Tages-Inzidenz von 96 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner liege Bayern nun wieder deutlich unter dem bisherigen Höchststand von 217 am 20. Dezember. Dennoch müsse der Lockdown aus Vorsorgegründen bis Mitte Februar verlängert werden.

Holetschek begrüßte die wieder eingeführten Pflichttest für Pendler aus Tschechien, wo der Inzidenzwert aktuell bei 443,8 liege. Allein am Mittwoch seien mehr als 200 positive Fälle bei der Einreise nach Bayern "herausgefiltert" worden.

Kritik an Impffortschritt

Kritisch äußerte sich Holetschek zum schleppenden Fortgang der Impfkampagne. In Bayern stehe die Logistik, theoretisch könnten täglich 38 000 Impfungen vorgenommen werden. Dafür aber gebe es nicht genug Impfstoff.

Tatsächlich sind seit Impfstart vor vier Wochen im Tagesdurchschnitt nur rund 15 000 Impfungen erfolgt. "Der Impfstoff ist der Flaschenhals", sagte Holetschek. Er forderte vom Bund und der EU mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit bei der Impfstoffversorgung. Zudem sei es

nicht hinnehmbar, dass die Pharmakonzerne Lieferzusagen nicht einhielten. "Das macht unser System kaputt und sorgt bei den Menschen für Verunsicherung", klagte er. Um die logistischen Voraussetzungen für schnelleres Impfen zu verbessern, erwägt Holetschek den Einsatz von landesweit bis zu 70 Impfbussen, die das Angebot der Impfzentren in den Landkreisen mobil ergänzen sollen. Um die Ausbreitung hochinfektöser Virus-Mutanten zu verhindern, regte Holetschek strengere Quarantäne-Regeln für Kontaktpersonen an.

Ernüchternd fiel die Corona-Jahresbilanz von Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze aus. "Die Staatsregierung liefert bei ganz vielen Themen nicht", urteilte sie. So sei es noch immer nicht gelungen, die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen besser vor Infektionen zu schützen, auch die Gesundheitsämter seien personell und technisch weiter nicht ausreichend ausgestattet. Zudem vermisse Schulze eine Öffnungsstrategie mit klarer Priorität für Kinder und Jugendliche. Mit entsprechenden Hygienekonzepten ist aus ihrer Sicht der Regelbetrieb in Kitas und Wechselunterricht für Erst- und Zweitklässler bei einer Inzidenz von unter 100 möglich. Dies müsse Vorrang vor der Öffnung von Hotels und Skiliften haben.

Roland Magerl (AfD) warf der Staatsregierung "viel Aktionismus" vor. Sie sollte sich auf den Schutz von Risikogruppen

konzentrieren. Nach Einschätzung von Ruth Waldmann (SPD) habe die Staatsregierung bei der Impfvorbereitung ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie vermisste eine einheitliche Informationskampagne und Anmeldeeregeln, die auch für ältere Menschen problemlos anwendbar seien. FDP-Fraktionschef Martin Hagen forderte, alle positiven Corona-Tests auf Mutationen zu prüfen.

Hilfen auf gutem Weg

Nach Angaben von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) verursacht der aktuelle Lockdown in Bayern einen wirtschaftlichen Schaden von bis zu 900 Millionen Euro pro Woche. Man müsse vor diesem Hintergrund die "richtige Balance zwischen Infektionsschutz und gezielten Öffnungen" finden, sagte er.

Die Auszahlung von Hilfen für vom Lockdown betroffene Unternehmen und Händler sah Aiwanger inzwischen auf einem guten Weg. Die Überbrückungshilfe I und II sei in Bayern zu rund 90 Prozent ausbezahlt, von den 53 000 Anträgen auf November-Hilfe seien 36 000 final bearbeitet, mehr als 700 Millionen Euro seien ausbezahlt. Voraussichtlich noch in dieser Woche könne auch die Abrechnung der Dezember-Hilfe über die bereits geleisteten Abschlagszahlungen hinaus begonnen werden.